



Das Ostpreußenblatt

Organ der Landsmannschaft Ostpreußen e. V.

Jahrgang 23 / Folge 44

2 Hamburg 13, Parkallee 84 / 28. Oktober 1972

C 5524 C

Obhutspflicht für alle Staatsbürger

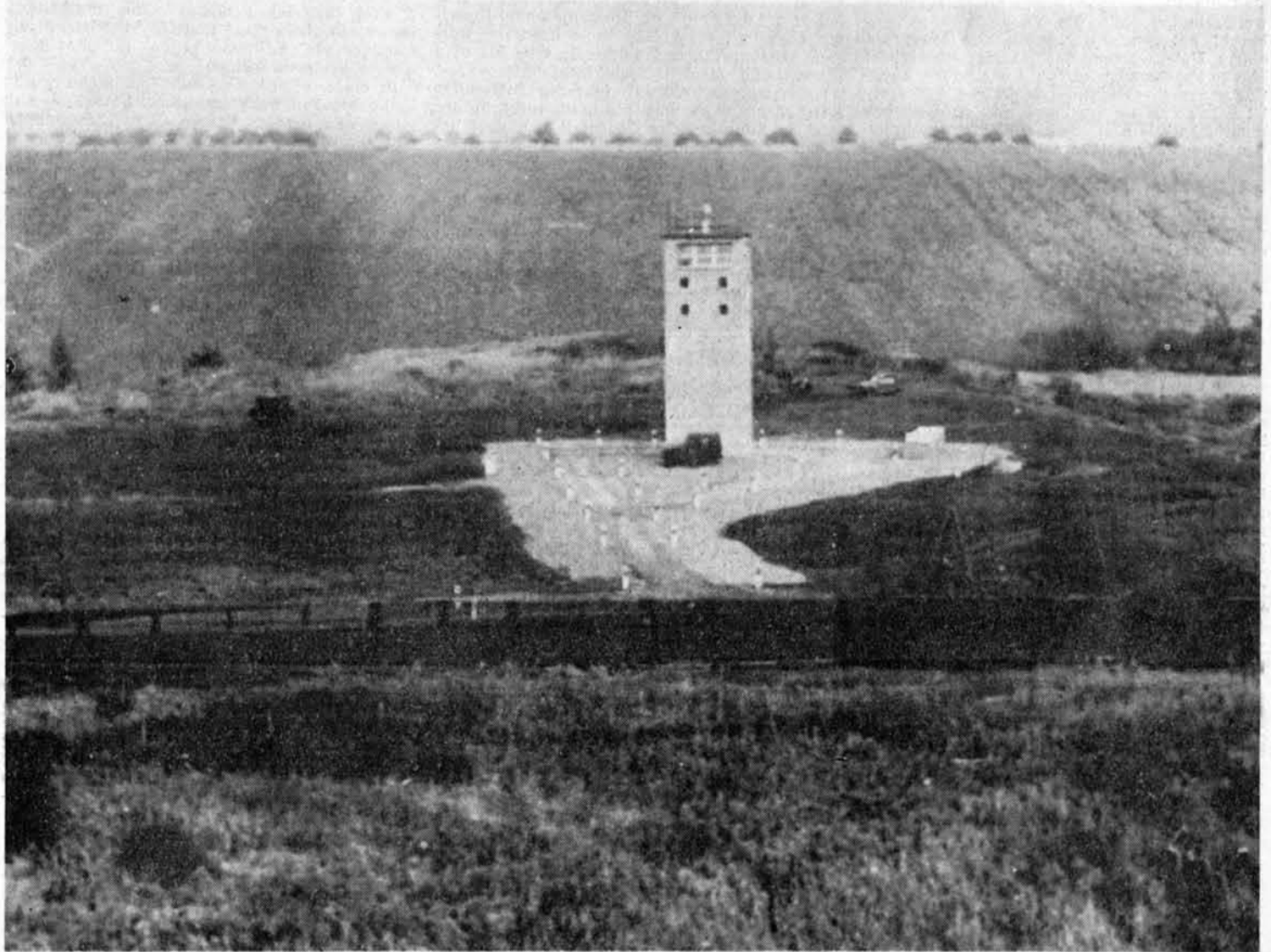
Ministerpräsident Stoltenberg: Zwischenstaatliche Verständigung nicht durch einseitige Opfer ostdeutscher Mitbürger erkaufen

Hamburg — Am 17. Oktober 1972 hat in Kiel ein Gespräch zwischen Ministerpräsident Dr. Gerhard Stoltenberg und dem Vorstand der Landsmannschaft Ostpreußen, vertreten durch den amtierenden Sprecher Joachim Frhr. v. Braun, Gerhard Prengel, Volkmar Hopf sowie dem Vorsitzenden der ostpreußischen Landesgruppe, Günther Petersdorf, stattgefunden. Gegenstand der Erörterung waren die ostpolitische Situation und ihre Auswirkungen auf die Bundestagswahl.

Die Ostpreußen betonten ihre aktive Mitwirkung an den letzten Landtagswahlen und namentlich in Schleswig-Holstein. Anlaß zu dieser Aktivität sei der Wille gewesen, ganz Deutschland zu dienen, und das Vertrauen, bei der CDU Widerstand gegen eine „neue Ostpolitik“ bloßer Resignation zu finden. Inzwischen seien die Verträge von Moskau und Warschau ratifiziert; um so notwendiger sei eine verbindliche Klärung der politischen Folgerungen, die aus der von CDU/CSU durchgesetzten Erklärung des Deutschen Bundestages vom 17. Mai 1972 tatsächlich abgeleitet werden. Dabei interessierten die Ostpreußen sich vor allem für die Haltung zu den Staatsbürger-Rechten der ostdeutschen Mitbürger, zum Selbstbestimmungsrecht und zum außenpolitischen Inhalt der vielberufenen Obhutspflicht des Staates für alle seine Bürger. Damit hänge die Frage zusammen, was denn noch als Deutschland im Sinne des Grundgesetzes verstanden werde, ob Ostpreußen etwa als Ausland gelte. Die Ostpreußen wiesen überdies darauf hin, daß vieles erleichtert und gebessert würde, wenn künftig nicht bloß von „den Vertriebenen“, sondern von den gleichberechtigten Mitbürgern aus Schlesien, Pommern oder Ostpreußen gesprochen würde, um ein Mindestmaß bürgerlichen Gemeinsinns wiederherzustellen.

Der Gedankenaustausch ergab eine weitgehende Übereinstimmung nicht nur bei der Beurteilung der schwierigen außenpolitischen Lage des geteilten Deutschlands. Vielmehr waren sich die Gesprächspartner auch einig, welche entscheidende Bedeutung der bevorstehenden Wahl für die Erhaltung unserer freiheitlichen Ordnung zukommt, für deren Veränderung die „neue Ostpolitik“ zunehmend als Mittel gebraucht werde. Dies könne auch zu einer Bedrohung der Verfassungsgrundlage der Bundesrepublik führen.

Der Ministerpräsident bestätigte sein volles Verständnis für die bei den Ostpreußen entstandene Beunruhigung und seinen Dank für ihre aus Staatstreue in der Landtagswahl gewährte Unterstützung. Für ihn und seine Partei seien die Pommern oder Ostpreußen deutsche Staatsangehörige, denen das Gemeinwesen ebenso verpflichtet sei wie jedem anderen Deutschen. Daraus ergebe sich für ihn, daß verantwortungslos ist, wer ohne zwingenden Grund statt für Deutschland nur noch für die Bundesrepublik handeln und damit die Lasten des verlorenen Krieges gewissermaßen stellvertretend für alle den Mittel- und Ostdeutschen aufbürden will. Wenn Politik um der Menschen willen zu treiben sei, dürfe das Gemeinwesen seine Aufgaben niemals stillschweigend auf Teile von Land und Volk beschränken. Gewiß sei es vordringlich, die politische und wirtschaftliche Stabilität der Bundesrepublik wiederherzustellen, um auf dieser Basis Deutschland-Politik machen zu können. Dazu werde die Resolution des Bundestages einer Regierung der Unionsparteien die Grundlage geben. Unser freiheitlicher Rechtsstaat käme in Gefahr und unsere Hoffnung auf einen gerechten Frieden wäre Selbsttäuschung, wenn die Erhaltung des Vaterlandes nicht mehr sittliche Aufgabe sein soll. Zwischenstaatliche Verständigung dürfe eben nicht mit einseitigen Opfern von Mitbürgern erkauf werden. Sie muß konkrete Fortschritte für alle Deutschen bringen. Die Ostpreußen würden, so sei er überzeugt, an ihrer Staatstreue auch in dieser sorgenvollen Zeit nicht irre werden und damit beispielhaft zu nüchterner Selbstbesinnung der Deutschen beitragen.



Brutale Abgrenzung statt Annäherung: „DDR“-Grenztruppe errichtete bei Helmstedt neue Muster-Sperranlagen. Noch hat die Bundesregierung nicht gegen die vorgesehenen automatischen Tötungsanlagen protestiert. Unser dpa-Foto zeigt einen mit Funkantennen und starken Scheinwerfern ausgestatteten vorgeschobenen Führungspunkt der NVA-Grenztruppen

Vergebliches Werben um Vertriebenenstimmen

Die Partei Kurt Schumachers und Wenzel Jakschs ist den alten Prinzipien untreu geworden

Bonn — „Der Zweite Weltkrieg hatte für das deutsche Volk schwerwiegende Folgen. Am härtesten wurden unsere Landsleute aus den Vertriebungsgebieten getroffen. Sie haben die wahnwitzige Politik Adolf Hitlers mit dem Verlust ihrer Heimat bezahlen müssen. Die Massenverreibungen hat das Rechtsbewußtsein von Millionen unschuldiger Menschen auf das tiefste verletzt. Ein solcher Unrechtsakt schreit förmlich nach Wiedergutmachung.“ — Wer spricht heute noch so, wer wagt noch, das Unrecht, das den Vertriebenen angetan worden ist, so deutlich, so markig beim Namen zu nennen? Sie meinen die NPD oder irgendein obskurer, gottvergessener „Revanchistenhaufen“? Sie irren, so sprechen, so wagen immer noch SPD-Leute oder SPD-Freunde zu sprechen, die sich nicht scheuen, trotz allem, was geschehen ist, um die Stimmen der Vertriebenen zu werben.

So sprach kürzlich eine sogenannte Aktion „Gemeinsam mit Bundeskanzler Brandt für den Frieden“ im Landkreis Miesbach/Obb., die die Vertriebenen animierte, „Brandt zu wählen“. So zu lesen in den gelben Blättern, die unter dem Titel „Selbstbestimmung und Eingliederung“ einmal von Herbert Hupka gegründet und von ihm — bis zu seinem Ausscheiden aus der SPD — geleitet worden sind.

Und wie geht es weiter? Nach dieser gefühlvollen Einstimmung auf das Trauma der Vertreibung wird kurz und hart die Brandtsche Friedenskurve genommen, wird den Vertriebenen um des angeblich gefährdeten Friedens willen suggeriert, daß die „elementaren Interessen der Betroffenen“ nur durch die SPD ge-

wahrt würden, weil der „Staatsmann Brandt“ Garant dafür sei, „daß im Rahmen internationaler Vereinbarungen unserem Volk ein Höchstmaß an Gerechtigkeit widerfährt“.

Während dieses Trommlercorps anonym bleibt, warb ein anderer noch in der SPD verbliebener namhafter Vertriebener, der Fraktionsvorsitzende im Bayerischen Landtag, G. Albert, mit offenem Visier, aber nicht minder treuherzig in diesen Kreisen für Brandt und Genossen. Vor der Traditionsgemeinschaft sudestdeutscher Sozialisten, der Seliger-Gemeinde, erinnerte er in Hessen daran, daß die SPD schon in ihrem Heidelberger Programm leidenschaftlich für das Selbstbestimmungsrecht der Völker und das Recht auf Heimat eingetreten sei, um allerdings mit großem Freimut hinzuzufügen, daß dergleichen heute überholt sei, daß diese Rechte jedenfalls nicht mehr im Rahmen einer Nationalstaatsidee, sondern allenfalls noch im Rahmen eines vereinigten Europa verwirklicht werden könnten.

Mit solchen Phrasen zu Hauf, mit derartiger Augenauswischerei versuchen die Wahlkampfer der SPD die Vertriebenen darüber hinwegzutäuschen, daß die Geltendmachung dieser Rechte mit der Hinnahme von Annexion und Vertreibung in den Ostverträgen von der SPD für heute und in Zukunft aufgegeben worden ist, daß sich die SPD keineswegs darum bemüht hat, diese Rechte im Zusammenhang mit den Vertragsverhandlungen zumindest für die noch in den Ostprovinzen verbliebenen Deutschen sicherzustellen. Auch hüten sie sich geflissentlich, konkret zu werden und etwa zu betonen, daß die SPD, daß eine neue von ihr geführte

Regierung zu der Gemeinsamen Entschliebung des Bundestages über die Verträge stehen würde, zu jenem Dokument, in dem festgelegt ist, daß die Verträge nach deutscher Auslegung keine neue Rechtsgrundlage in der Oder-Neiße-Frage schaffen. Das aber wäre das „Rhodos“, hier hätte die SPD zu tanzen, wenn sie auch nur ein Minimum jenes Vertrauens zurückgewinnen sollte, das die Vertriebenen in sie gesetzt hatten, als noch Männer wie Kurt Schumacher, Jaksch, Reitzner, Rehs und Hupka in ihren Reihen die Deutschlandpolitik nach Maßgabe von Recht und Gerechtigkeit mitbestimmen konnten und durften.

Aber das schöne Märchen von der Partei, die „um jeden Quadratmeter deutschen Bodens ringt“, die „so viel wie möglich von Deutschland für die Deutschen retten“, die „in Sachen der Vertriebenen nichts hinter ihrem Rücken tun“ will, dieses Märchen war einmal. Heute wagt kein Hupka mehr, in der SPD aufzustehen und beherzt zu sagen, daß die Partei Schumachers der Politik Schumachers untreu geworden ist. Wenn etwas zum Beweis dieser Tatsache noch nötig wäre, so sind es die Phrasen, mit denen die Vertriebenen immer noch geblendet, mit denen sie von dieser Partei hinters Licht geführt werden sollen.

Auch die Sudetendeutschen, die „Seliger“-Genossen, haben von der SPD nicht mehr viel zu hoffen. Brandt kürzlich: Die deutsch-tschechische Frage ist in erster Linie eine politische Frage, die Rechtsfrage kommt erst hinterher. Das Münchener Abkommen war von Anfang an ungerecht und ist ungültig — Punktum. S. N.

